

In Kolumbien wird die Zuweisung von Parlamentssitzen an die FARC nach einem Friedensschluss weiter intensiv diskutiert. Es geht dabei aber nicht so sehr darum, ob das überhaupt geschehen sollte, sondern hauptsächlich darum, wie viele Sitze es sein sollten und für welche Zeitspanne.

Das Magazin SEMANA berichtet drüber am 14.11.2015:

Die FARC im Kongress?

Es ist möglich, dass, wenn Sie in einigen Monaten und nicht erst in einigen Jahren Ihren Fernseher einschalten, um eine Parlamentsdebatte zu verfolgen, Sie dort neben Álvaro Uribe und Paloma Valencia Timochenko und Iván Márquez sitzen sehen werden. Dieses Bild trifft heute auf die Ablehnung einer immensen Mehrheit der öffentlichen Meinung, es ist aber Teil der Zukunft Kolumbiens, falls ein Friedensvertrag geschlossen wird.

In dieser Angelegenheit hat die FARC ihre Karten auf den Tisch gelegt. Diese Woche erklärte sie, für den Übergang vom Krieg ins Zivilleben sei es erforderlich, ihr eine Anzahl von Sitzen im Senat, in der Abgeordnetenversammlung und in anderen repräsentativen Gremien zuzuweisen. Und obwohl 80% der Kolumbianer laut einer Umfrage von Cifras y Conceptos (kol. Meinungsforschungsinstitut = A.d.Ü.) eine solche Maßnahme ablehnen, haben Regierung und ein großer Teil der politischen Klasse diese Idee bereits akzeptiert.

Vergangenen August gab Präsident Santos selbst einige Fingerzeige, als er hypothetisch erklärte: „Wir nehmen an, dass der Präsident der Republik der FARC mitteilen könnte, ihr stünden acht oder zehn Sitze in der Kammer für ein oder zwei Jahre zu; ist das ein hoher Preis, um einen Krieg von 50 Jahren zu beenden?“ Santos betonte damals, dass dieses Thema noch nicht in Havanna verhandelt werde. Was man dort allerdings voriges Jahr vereinbarte, war eine Definition der vom Konflikt besonders betroffenen Regionen.

Das stärkste Argument für die direkte Zuweisung von Sitzen bestimmter Wahlkreise für die Guerrilla ist, dass damit eine Basis gelegt werde, sich in eine politische Partei zu verwandeln und ihr dafür eine nicht nur symbolische, sondern eine reale Grundlage zu bieten. Das ist eine der größten Kröten, die das Land schlucken müsste, um den Frieden zu erreichen. Es gibt im Land aber Vorläufer in dieser Hinsicht.

Zum Beispiel wurde mit der damaligen Guerrilla EPL vereinbart, dass sie zwei Sitze in der Verfassunggebenden Versammlung einnehmen konnte, und später wurden in die Verfassung von 1991 zwei Artikel aufgenommen, mit denen den Guerrilleros, die die Waffen niederlegten, politische Zugeständnisse gemacht wurden. Einer dieser Artikel erlaubt dem Präsidenten „direkt und einmalig eine Zahl von Parlamentsmitgliedern beider Kammern zu ernennen, die den Gruppen angehören, welche die Waffen niedergelegt haben“. Noch weiter geht der Text, indem er aussagt, dass „die Regierung dabei bestimmte Unvereinbarkeiten und fehlende Voraussetzungen für eine Parlamentszugehörigkeit außer Acht lassen kann“. Auf der Grundlage dieses Artikels konnte zum Beispiel die „Bewegung für die Sozialistische Erneuerung“ damals für vier Jahre zwei Sitze in der Kammer besetzen, nachdem sie die Waffen niedergelegt hatte.

Da die FARC eine viel bedeutenderer Guerrilla ist als alle früher demobilisierten Gruppen, müsste die Zahl ihrer Sitze größer sein. Dies ist für die Linke logisch, aber es verärgert die Rechte. Carlos Franco, früherer Führer des EPL, argumentiert: „Obwohl die politischen Regeln für alle gleich sind, wäre ein Wahlkampf ein ungleicher Wettbewerb für die FARC wegen der Unerfahrenheit, der fehlenden Ressourcen und der Bürokratie“. Auf dieser Linie liegt auch der grüne Ratsherr der Hauptstadt Bogotá Antonio Sanguino, ebenfalls ein früherer Demobilisierter, der diese Woche vorschlug, man sollte der FARC 15 Sitze im Senat und 25 in der Kammer für jeweils zwei Wahlperioden zuweisen.

Die ersten negativen Reaktionen kamen von der Partei „Cambio Radical“, z.B. von Carlos Fernando Galán, von einigen Konservativen und von Claudia López von den Grünen. Seltsamerweise war die Kritik seitens des Demokratischen Zentrums (Partei von Expräsident Uribe, A.d.Ü.) moderat. Alle diese Verlautbarungen sind im Grunde aber nur für das Publikum, denn die gesamte politische Klasse weiß, dass dergleichen passieren wird. Und obgleich die Zuweisung von Parlamentssitzen immer mehr Fahrt aufnimmt, müssen noch immer mehrere Probleme ausgeräumt werden.

Das erste besteht darin, dass dem Präsidenten spezielle Zuständigkeiten zuerkannt werden, und zwar im Zuge der Verfassungsreform, die momentan im Senat beraten wird. Zum anderen müssen die Zahl der Sitze und die Dauer ihrer Besetzung definiert werden, um die Nachhaltigkeit des Friedensprozesses zu garantieren. Dies erfordert die Schaffung eines sensiblen Gleichgewichts, das der Guerrilla Repräsentanz verschafft, jedoch nicht die Mehrheitsverhältnisse in den beiden Kammern verändert, die frei gewählt wurden. Und außerdem muss das Problem gelöst werden, wie die Vertreter der FARC, die der Übergangsjustiz unterliegen, gleichzeitig Mitglieder des Parlaments sein können.

All dies wäre viel akzeptabler, wenn die FARC als Gegenleistung ihre Entwaffnung transparent durchführte, zu einer erschöpfenden Wahrheitsfindung beitrüge und beweisen würde, dass für sie die Entschädigung der Opfer nicht lediglich ein symbolischer Akt ist.